Sitzung des Ortsgemeinderates Kollig

Am Donnerstag, 02.03.2023, findet um 19:00 Uhr, **im** Gasthaus "Gilles" in Kollig eine Sitzung des Ortsgemeinderates Kollig mit folgender Tagesordnung statt:

Über die Homepage der Verbandsgemeindeverwaltung Maifeld (www.maifeld.de) gelangen Sie über "Rathaus & Bürgerservice > Ratsinformationssystem > Bürgerinfoportal" zum Bürgerinfoportal, in dem Ihnen eine öffentliche Einladung ohne Anlagen zur Einsichtnahme zur Verfügung steht. Sie wird bei Bedarf bis zum Sitzungstag aktualisiert.

Öffentlicher Teil:

- 1) Grundsatzbeschluss zur Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED
- 2) Ausbau des Parkplatzes am Friedhof
- 3) Antrag des Sportvereins Gering-Kollig e.V. auf Erhöhung des jährlichen Zuschussbetrages
- 4) Antrag des Sportvereins Gering-Kollig e.V. auf Kostenbeteiligung zur Umrüstung der Flutlichtanlage
- 5) Vergabe eines Maibaumständers und Beschlussfassung über den Standort
- 6) Auftragsvergabe zur Durchführung einer Rissesanierung
- 7) Baumpflanzungen in der Ortsgemeinde Kollig
- 8) Beitritt zum Kommunalen Klimapakt KKP
- 9) Kommunales Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation
- 10) Bauangelegenheiten / Bauanträge
- 11) Übertragung von Haushaltsmitteln gemäß § 17 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) in das Haushaltsjahr 2023
- 12) Haushaltsplan 2023
- 13) Mitteilungen und Beantwortung von evtl. schriftlichen Anfragen

Im Anschluss an den öffentlichen Teil findet ein nicht öffentlicher Teil statt, in dem **über Finanzangelegenheiten** beraten wird.

Kollig, 23. Februar 2023
Ortsgemeinde Kollig

ROBERT OLLIG
Ortsbürgermeister

Ortsgemeinderat Kollig

TOP-Nr.: 1 Grundsatzbeschluss zur Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED
(Kollig/694/2023)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 5

Sachverhalt:

Von Seiten der Ortsgemeinde Kollig wurde am 31.03.2022 eine Bestandsaufnahme der Straßenbeleuchtung bei der Westenergie beauftragt. Diese Bestandsaufnahme wurde der Ortsgemeinde am 25.01.2023 incl. einem Angebot zur Umrüstung der kompletten Straßenbeleuchtung auf LED vorgelegt. Die Kosten für die Durchführung der Gesamtmaßnahme belaufen sich auf 42.369,16 EUR. Bei Kosten in dieser Höhe ist laut Vergaberecht eine Preisanfrage mit drei Teilnehmern durchzuführen. Es müssten demnach noch zwei Vergleichsangebote eingeholt werden.

Eine Förderung gemäß Kommunalrichtlinie des Umweltbundesministeriums, wurde von der Verwaltung geprüft. In der Ortsgemeinde Kollig sind danach die Mindestanforderungen nicht gegeben, da in großen Teilbereichen die geforderte 50 % Einsparung nicht eingehalten wird, wodurch dann die Mindestfördersumme von 5.000,00 EUR nicht erreicht werden kann. Generell ist das Umrüsten der Straßenbeleuchtung bei den stetig steigenden Energiepreisen nach Ansicht der Verwaltung anzustreben. Zudem sind in den kommenden Jahren neben der Energieeinsparung auch Einsparungen durch den Wegfall von Reparatur- und Wartungsarbeiten zu erwarten. Um die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED vorzubereiten, ist von der Ortsgemeinde ein Grundsatzbeschluss zu fassen.

Das Konzept wird von den Mitarbeitern der Westenergie (Herrn Breiling und Herr Vocktmann) in der Sitzung vorgestellt und Fragen diesbezüglich beantwortet.

Finanzielle Auswirkungen:

Bei der Buchungsstelle 54101-523390 sind im Haushaltsplan für 2023 Mittel in Höhe von 44.000,00 EUR vorgesehen.

Beschlussvorschlag 1:

Das Gremium beschließt, die Anhörung von Herrn Alexander Breiling und Herrn Fabian Vocktmann (Westenergie) als Sachverständige gemäß § 35 Gemeindeordnung (GemO).

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-	vertagt
			einst.	mehrh.	ja	nein	Enth.			stimmung	
Ortsgemeinderat Kollig	02.03.2023	Kollig/694/2023									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund		

Beschlussvorschlag 2:

Das Gremium beschließt, grundsätzlich die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED gemäß dem Konzept der Westenergie vom 19.01.2023 (Grundsatzbeschluss). Darüber hinaus, wird der Ortsbürgermeister nach durchgeführter Preisanfrage ermächtigt, den Auftrag an den wirtschaftlichsten Anbieter zu vergeben.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-	vertagt
			einst.	mehrh.	ja	nein	Enth.			stimmung	
Ortsgemeinderat Kollig	02.03.2023	Kollig/694/2023									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund		

Ortsgemeinderat Kollig

TOP-Nr.: 2 Ausbau des Parkplatzes am Friedhof (Kollig/702/2023)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 4

Sachverhalt:

In seiner Sitzung vom 08.09.2020 hat der Ortsgemeinderat Kollig das Büro Karst Ingenieure GmbH, Nörtershausen, mit den Planungsleistungen zum Bau eines Parkplatzes am Friedhof beauftragt.

Nach dem nun die Bauarbeiten an der L82 am Friedhof fertiggestellt sind, soll der Ausbau des Parkplatzes nach der Ausführungsplanung des Büros Karst erfolgen. Die Erdarbeiten mit Einbau des Planums wurden bereits durchgeführt.

Die Kosten für den Ausbau werden auf ca. 40.000,00 EUR Brutto geschätzt. Die notwendigen Mittel sind im Haushalt 2023 eingeplant.

Es wird vorgeschlagen, dass die Verbandsgemeindeverwaltung Maifeld auf Basis der Ausführungsplanung (vgl. Anlage) eine freihändige Vergabe durch Einholung von drei vergleichbaren Angeboten durchführt.

Finanzielle Auswirkungen:

Im Haushalt 2023 stehen Mittel in Höhe von 40.000,00 EUR zur Verfügung.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium stimmt dem Ausbau und der Ausführungsplanung des Büro Karst Ingenieure GmbH, Nörtershausen zu.

Die Verbandsgemeindeverwaltung wird gebeten wie im Sachverhalt beschrieben, drei vergleichbare Angebote einzuholen, gleichzeitig wird Herr Ortsbürgermeister Robert Ollig, ermächtigt, nach erfolgter Ausschreibung den Auftrag an die mindestbietende Firma zu vergeben.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-	vertagt
			einst.	mehrh.	ja	nein	Enth.			stimmung	
Ortsgemeinderat Kollig	02.03.2023	Kollig/702/2023									

An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:	Ausschließungsgrund

Ortsgemeinderat Kollig

TOP-Nr.: 3 Antrag des Sportvereins Gering-Kollig e.V. auf Erhöhung des jährlichen Zuschussbetrages (Kollig/703/2023)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 6

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 08.11.2022 beantragt der Sportverein Gering-Kollig e.V. die Erhöhung des jährlichen Zuschussbetrages von bislang 2.046,00 EUR (Produkt 42101-541900) auf mindestens 3.000,00 EUR.

Der Antrag ist in der Anlage beigefügt.

Finanzielle Auswirkungen:

Im Haushaltsplan 2023 stehen bei Produkt 42101-541900 3.000,00 EUR als Zuschuss für den Verein zur Verfügung.

Es handelt sich hierbei um eine freiwillige Leistung (die Ortsgemeinde ist dazu nicht verpflichtet).

Beschlussvorschlag:

- Das Gremium stimmt dem Antrag zu und gewährt dem Antragsteller ab 2023 eine jährliche Zuwendung in Höhe von _____ EUR für die Pflege und Instandhaltung des Sportplatzes.

- Das Gremium stimmt dem Antrag auf Erhöhung nicht zu. Es verbleibt bei dem bisherigen Zuschuss in Höhe von 2.046,00 EUR.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis				w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-	vertagt
			einst.	mehrh. ja	nein	Enth.			stimmung	
Ortsgemeinderat Kollig	02.03.2023	Kollig/703/2023								

An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:	Ausschlussgrund

Ortsgemeinderat Kollig

TOP-Nr.: 4 Antrag des Sportvereins Gering-Kollig e.V. auf Kostenbeteiligung zur Umrüstung der Flutlichtanlage (Kollig/704/2023)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 2

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 08.11.2022 stellte der Sportverein Gering-Kollig e.V. bei der Ortsgemeinde Kollig einen Antrag auf Beteiligung der Ortsgemeinde Kollig für die Umrüstung der Flutlichtanlage des Sportplatzes (siehe Anlage). Ein gleichlautender Antrag wurde auch bei der Ortsgemeinde Gering und der Verbandsgemeinde Maifeld gestellt.

Nach den bereits vorliegenden Zusagen wird die Umrüstung der Flutlichtanlage durch das Land Rheinland-Pfalz mit 10.200,00 EUR und durch den Landkreis Mayen-Koblenz mit 5.800,00 EUR gefördert. Der Landkreis geht bei seiner Förderzusage von zuwendungsfähigen Kosten, die im Rahmen der Umsetzung der Maßnahme entstehen, in Höhe von 29.155,00 EUR aus.

Die Gewährung eines Zuschusses für die zuvor genannte Maßnahme kommt nach den Richtlinien der Verbandsgemeinde Maifeld zur Förderung des Sports vom 16. Dezember 2009 (siehe Anlage) in Betracht. Gemäß Ziffer 2.2. der o. g. Richtlinien ist die Förderung von Baumaßnahmen von Sportvereinen aber davon abhängig, dass sich die Ortsgemeinden, deren sogenannte freie Finanzspitze im laufenden Jahr positiv ist, mit mindestens 10 % der zuschuss- bzw. förderfähigen Kosten beteiligen.

Die freie Finanzspitze der Ortsgemeinde Kollig ist nach der Haushaltsplanung in den Jahren 2022 und 2023 nicht positiv.

Anzumerken ist, dass von Seiten der Ortsgemeinde Gering, die ebenfalls keine positive Finanzspitze in den Jahren 2022 und 2023 ausweisen kann, eine Beteiligung an der Umrüstung in Höhe von 2.500,00 EUR zugesagt wurde.

Finanzielle Auswirkungen:

Bei einer Beteiligung der Ortsgemeinde Kollig an der Umrüstung der Flutlichtanlage wären die Haushaltsmittel im Haushaltsplan 2023 bereit zu stellen.

Eine Verpflichtung für eine finanzielle Beteiligung der Ortsgemeinde Kollig an der Umrüstung der Flutlichtanlage ergibt sich nicht.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt, dem Sportverein Gering-Kollig e.V. zur Umrüstung der Flutlichtanlage des Sportplatzes einen Zuschuss in Höhe von _____ EUR zu gewähren.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab- stimmung	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			z. K.	
Ortsgemeinderat Kollig	02.03.2023	Kollig/704/ 2023									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:								Ausschließungsgrund			

Ortsgemeinderat Kollig

TOP-Nr.: 5 Vergabe eines Maibaumständers und Beschlussfassung über einen Standort (Kollig/701/2023)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 4

Sachverhalt:

Der Maibaum wurde in den vergangenen Jahren von einem ortsansässigen Unternehmer mit einem Kran auf- und abgebaut. Dies ist nun nicht mehr möglich. Daher soll der Baum in Zukunft wie in fast allen Gemeinden auf dem Maifeld, mit einem oberirdischen Maibaumständer errichtet werden. Hierzu ist ein neuer Standort (siehe Anlage) für den Maibaum zu wählen, da es an der bisherigen Örtlichkeit nicht möglich ist den Baum mit einem Frontlader aufzustellen (Straßenlaterne, Nachbargebäude). Außerdem benötigt der neue Maibaumständer ein größeres Fundament wofür die jetzige Baumrutsche nicht geeignet ist. Der Maibaumständer kann, wenn er nicht benötigt wird, an anderer Stelle (Garage Gemeindearbeiter) gelagert werden.

Es wurden von der Verbandsgemeindeverwaltung Maifeld bei drei Fachfirmen Angebote für die Herstellung eines Maibaumständers eingeholt.

Folgende Angebote für die Lieferung und Montage eines oberirdischen Maibaumständers liegen vor:

Nr.	Firma	Angebotssumme	Diff. %	Diff. EUR
1	Firma Hans Tibes, Polch	5.846,59 EUR	100%	0,-- EUR
2	Bieter B	10.698,10 EUR	183%	4.851,51 EUR
3	Bieter C	Keine Angebotsabgabe		

Die Firma Tibes hat im Bereich der Verbandsgemeinde Maifeld schon mehrere dieser Maibaumständer hergestellt und geliefert. Für den Maibaumständer muss noch ein Betonfundament errichtet werden. Für dieses Fundament (ca. 6,5 m³) wird ein Fachunternehmen benötigt. Die Firma Lothar Gödert, Naunheim, bietet die Arbeiten für 2.784,60 EUR an. Dieses Gewerk kann vergaberechtlich als Direktauftrag vergeben werden ohne weitere Angebote einzuholen.

Finanzielle Auswirkungen:

Im Haushalt 2023 sind 8.500,00 EUR eingestellt.

Beschlussvorschlag 1:

Das Gremium stimmt der Anschaffung eines neuen Maibaumständers zu. Der Firma Hans Tibes, Polch, wird der Auftrag zum Angebotspreis in Höhe 5.846,59 EUR erteilt.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung	z. K.	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.					
Ortsgemeinderat Kollig	02.03.2023	Kollig/701/2023										
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund			

Beschlussvorschlag 2:

Die Firma Lothar Gödert, Naunheim wird mit den Fundamentarbeiten zum Angebotspreis von 2.784,60 EUR beauftragt.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung	z. K.	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.					
Ortsgemeinderat Kollig	02.03.2023	Kollig/701/2023										
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund			

Beschlussvorschlag 3:

Als neuer Platz für den Maibaumständer wird das Beet vor dem Bürgerhaus (siehe Plan) festgelegt.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung	z. K.	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.					
Ortsgemeinderat Kollig	02.03.2023	Kollig/701/2023										
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund			

Ortsgemeinderat Kollig

TOP-Nr.: 6 Auftragsvergabe zur Durchführung einer Rissesanierung der Gemeindestraßen (Kollig/695/2023)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 5

Sachverhalt:

Die Ortsgemeinde hat die Verwaltung beauftragt, eine Preisanfrage zur Rissesanierung der Gemeindestraßen in der Ortslage durchzuführen. Insgesamt sollen in der Ortsgemeinde Kollig ca. 5.000 m Risse verschlossen werden. Hier konnte die Verwaltung auf eine Anfrage aus dem Januar 2023 für die Ortsgemeinde Gering zurückgreifen. Nach telefonischer Rücksprache garantiert das Unternehmen die Preise für Gering auch in der Ortsgemeinde Kollig. Bei der Preisanfrage stellte sich die Fa. A+F, Bad Schönborn mit einem Angebot von 4.522,00 EUR als wirtschaftlichster Anbieter heraus. Die Firma verfügt über die erforderliche Fach- und Sachkunde um die Arbeiten durchzuführen.

Finanzielle Auswirkungen:

Bei der Buchungsstelle 54101-523380, sind im Haushaltsplan für 2023 Mittel in Höhe von 5.000,00 EUR eingestellt.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt, den Auftrag für die Durchführung der Arbeiten an die Fa. A+F, Bad Schönborn zum Angebotspreis von 4.522,00 EUR zu vergeben.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung z. K.	vertagt
			einst.	mehrh.	ja	nein	Enth.				
Ortsgemeinderat Kollig	02.03.2023	Kollig/695/2023									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:								Ausschließungsgrund			

Ortsgemeinderat Kollig

TOP-Nr.: 7 Baumpflanzungen in der Ortsgemeinde Kollig (Kollig/696/2023)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 5

Sachverhalt:

Von Seiten der Ortsgemeinde Kollig wurde das angefügte Angebot der Fa. Berresheim, Thür, bzgl. Baumersatzpflanzungen angefordert. Zum einen sollen in der Verlängerung der Roeser Straße (ehemalige K 30) zwei Silberlinden gepflanzt werden und zum anderen ist es angedacht in der Straße „Hinterm Backhaus“ einen männlichen Ginkgobaum zu pflanzen. Die beiden Ersatzpflanzungen verursachen hierbei Kosten in Höhe von 2.356,20 EUR.

Finanzielle Auswirkungen:

Bei der Buchungsstelle 55101-523100 sind im Haushaltsplan für das Jahr 2023 Mittel in Höhe von 3.000,00 EUR vorgesehen.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt, die Baumpflanzarbeiten gemäß den beiden Angeboten der Firma Berresheim, Thür, in Höhe von 2.356,20 EUR zu beauftragen.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung z. K.	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.				
Ortsgemeinderat Kollig	02.03.2023	Kollig/696/2023									

An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:	Ausschließungsgrund

TOP-Nr.: 8 Beitritt zum Kommunalen Klimapakt KKP (Kollig/707/2023)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 4

Sachverhalt:

Der Verbandsgemeinderat Maifeld hat im Dezember 2022 beschlossen, am Kommunalen Klimapakt Rheinland-Pfalz (KKP) teilzunehmen. Da die Bewerbung für den KKP gesammelt durch die Verbandsgemeinden erfolgen soll, werden folglich die Gemeinden der Verbandsgemeinde Maifeld auf Teilnahme am KKP abgefragt.

Zukünftig werden für teilnehmende Kommunen bei Landesförderungen höhere Förderquoten in Aussicht gestellt.

Informationstext zum Förderprogramm:

Gemäß gemeinsamer Erklärung über den Kommunalen Klimapakt Rheinland-Pfalz (KKP) können die Kommunen ab 1. März 2023 dem kommunalen Klimapakt beitreten.

Mit dem Beitritt geht eine Kommune eine Selbstverpflichtung ein, besonders ambitioniert im Bereich des Klimaschutzes bzw. der Anpassung an die Klimawandelfolgen vorzugehen, und erhält im Gegenzug eine gezielte, bedarfsorientierte und individuelle Beratung und Begleitung im Bereich Klimaschutz und Anpassung an die Klimawandelfolgen.

Voraussetzung für den Beitritt ist u.a. ein entsprechender Beschluss des Gemeinderats, des Stadtrats bzw. des Kreistags mit dieser Selbstverpflichtung. Weiterhin sind dazu bis zu fünf konkrete Maßnahmen zu nennen, die die Kommune dazu umsetzen möchte.

Beratungsvorlage:

1. Gegenstand und Ziel des Beschlusses

Gegenstand und Ziel des Beschlusses ist der Beitritt zum Kommunalen Klimapakt Rheinland-Pfalz (KKP). Dieses Angebot wurde von den kommunalen Verbänden und dem Land ausgearbeitet. Mit dem Beitritt verpflichtet sich eine Kommune, ihre Aktivitäten im Bereich des Klimaschutzes (Reduktion der Treibhausgasemissionen bzw. Ausbau von CO₂-Senken) bzw. der Anpassung an die Klimawandelfolgen (Hitze, Dürre, Starkregen usw.) zu forcieren und besonders ambitioniert vorzugehen. Hierzu benennt jede Kommune bis zu fünf Ziele bzw. Maßnahmen, die sie in Angriff zu nehmen beabsichtigt; diese sind Ausgangspunkt für eine individuelle und „maßgeschneiderte“ Beratung, die für jede beitretende Kommune im Hinblick auf die konkrete Umsetzung solcher Maßnahmen zusätzlich über den KKP angeboten wird.

2. Allgemeiner Hintergrund

Im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens hat sich das Land Rheinland-Pfalz zum Ziel gesetzt, die Emissionen an Treibhausgasen drastisch zu reduzieren und bis spätestens 2040 (lt. Koalitionsvertrag) klimaneutral zu werden – und so dazu beizutragen, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Zudem gilt es, die Folgen des Klimawandels durch geeignete und wirksame Anpassungsmaßnahmen zu bewältigen.

Dazu bedarf es erheblicher Anstrengungen auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen, auch und insbesondere auf der kommunalen Ebene. Denn auf dieser Ebene werden die konkreten Rahmenbedingungen für die notwendigen Maßnahmen gesetzt, insbesondere in den Bereichen Bauleitplanung, Erzeugung erneuerbarer Energien sowie Mobilität / ÖPNV.

Die Kommunalen Spitzenverbände, der Verband kommunaler Unternehmen (Vku), die Energieagentur Rheinland-Pfalz und die Landesregierung, vertreten durch das federführende Klimaschutzministerium (MKUEM) einschließlich des Rheinland-Pfalz Kompetenzzentrums für Klimawandelfolgen (KfK), sowie das Wirtschafts- und Innenministerium (MWVLW bzw. Mdl) haben sich daher darauf verständigt, gemeinsam den Kommunalen Klimapakt einzurichten. Grundlage hierfür ist die Gemeinsame Erklärung vom 29. November 2022 (Anlage 1).

3. Eckpunkte des Kommunalen Klimapakts

Der Kommunale Klimapakt besteht im Kern aus einem gegenseitigen Leistungsversprechen: Die beitretenden Kommunen forcieren ihr Engagement im Klimaschutz und bei der Anpassung an die Klimawandelfolgen und bekennen sich zu den Klimaschutzzielen des Landes. Im Gegenzug fördert und begleitet die Landesregierung die Kommunen bei der Umsetzung ihrer Maßnahmen mit konkreten und passgenauen Angeboten und Leistungen. Der Kommunale Klimapakt wurde zunächst für die Jahre 2023 und 2024 vereinbart, ist aber auf Dauer angelegt und soll 2024 für die Folgejahre mit allen Beteiligten fortgeschrieben werden.

4. Verstärktes Engagement im Rahmen des Kommunalen Klimapakts

Mit dem Beitritt zum Kommunalen Klimapakt ist die Selbstverpflichtung verbunden, unsere Aktivitäten sowohl im Klimaschutz als auch in der Anpassung an Klimawandelfolgen über das bisherige Arbeitshilfe Beratungs- und Beschlussvorlage für den Beitritt zum KKP 4 Maß hinaus zu verstärken. Hierzu benennt jede Kommune mit dem Beitritt bis zu fünf Ziele bzw. Maßnahmen, die sie zu diesem Zweck zu verfolgen bzw. in Angriff zu nehmen beabsichtigt. Für unsere Kommune kommen dazu folgende Beispiele in Betracht:

- Ausbau der Ladeinfrastruktur
- Forcierte schrittweise Realisierung von PV-Anlagen auf allen geeigneten kommunalen Dachflächen
- Kommunale Beteiligung an einem WEA- oder PV-Projekt im Stadt-/Gemeindegebiet
- Naturnahe, klimaresiliente Renaturierung
- Energetische Grundsanierung kommunaler Liegenschaften
- Geringinvestive Maßnahmen zur Reduzierung der Heizlasten (z. B. Heizungsoptimierung, Dichtigkeit von Türen und Fenstern u.ä.)
- Umstellung der Gebäudebeheizung / Warmwasserbereitung auf Erneuerbare Energien in einzelnen kommunalen Liegenschaften
- Forcierte Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Beleuchtung
- Vermeidung jeglichen Standby Verbrauchs durch schaltbare Steckerleisten und Zeitschaltuhren
- Systematische Prüfung auf Potentiale für kalte Nahwärmenetze in Rahmen einer Wärmeleitplanung; Mitverlegung zukunftsfähiger Infrastruktur bei Straßenbauvorhaben (z. B. Leitungen / Leerrohre für Nahwärmenetze)
- Umsetzung eines Projektes zur Anpassung an Klimawandelfolgen (z. B. Begrünung, Entsiegelung, Hitzeminderung, Starkregenvorsorge)

Diese Ziele bzw. Maßnahmen werden nach dem Beitritt im Zuge des exklusiv für die „KKPKommunen“ zur Verfügung stehenden Beratungsangebots nochmals im Einzelnen besprochen, dabei im jeweiligen kommunalen Kontext eingeordnet und priorisiert, je nach Bedarf auch modifiziert, revidiert oder ergänzt, um im Ergebnis ein Paket an wirksamen, effektiven und auch im Hinblick auf den finanziellen Aufwand effizienten Maßnahmen in die Umsetzung zu bringen und so einen bestmöglichen Beitrag zur zeitnahen Reduktion der Treibhausgasemissionen bzw. zur Anpassung an Klimawandelfolgen zu leisten. Das Ergebnis dieser Beratung wird im Nachgang nochmals in den kommunalen Gremien beraten und die dann noch erforderlichen Folgebeschlüsse gefasst.

Um diesen Beratungs- und Umsetzungsprozess optimal zu unterstützen, wird die Verwaltung entsprechende personelle Kapazitäten und organisatorische Ressourcen und Infrastruktur bereitstellen sowie in der Beitrittserklärung eine zentrale Ansprechperson in der Verwaltung benennen und deren Stellvertretung sicherstellen.

Finanzielle Auswirkungen:

Der Beschluss zum KKP-Beitritt ist nicht mit unmittelbaren finanziellen Pflichten verbunden. Über die Umsetzung konkreter Projekte und Maßnahmen ist gesondert im Rahmen der jährlichen Haushaltsplanung zu beraten und zu entscheiden. Zur Finanzierung der vorgeschlagenen Maßnahmen stehen - neben originären Eigenmitteln - im Wesentlichen folgende Optionen zur Verfügung:

a) Im Rahmen der Kommunalen Klima-Offensive wird das Land flankierend zum KKP über das Kommunale Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI) den Kommunen 2023 insgesamt 180 Mio. EUR zur Verfügung stellen. Davon entfallen auf die Gemeinde rd. 14,61 Euro pro Einwohner. Diese können und sollen im Einklang für die unter Nr. 4 genannten investiven Maßnahmen eingesetzt werden und entlasten insoweit den kommunalen Haushalt.

b) Weitere maßgebliche Finanzierungsquellen sind daneben öffentliche Fördermittel aus den einschlägigen Förderprogrammen des Landes, des Bundes oder der EU. Eine möglichst weitgehende Ausnutzung dieser Fördermöglichkeiten ist zentraler Gegenstand und Zielsetzung des begleitenden Beratungsangebots aus dem KKP heraus.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt den Beitritt am Kommunalen Klimapakt. Damit verpflichtet sich das Gremium, seine Aktivitäten sowohl im Klimaschutz als auch in der Anpassung an Klimawandelfolgen zu verstärken und dabei ambitioniert vorzugehen. Es benennt dazu folgende Ziele und Maßnahmen und bringt diese in das weitere Verfahren ein:

- 1) Ausbau der Ladeinfrastruktur
- 2) Forcierte schrittweise Realisierung von PV-Anlagen auf geeigneten kommunalen Dachflächen
- 3) Umstellung der Gebäudebeheizung / Warmwasserbereitung auf Erneuerbare Energien in einzelnen kommunalen Liegenschaften
- 4) Geringinvestive Maßnahmen zur Reduzierung der Heizlasten (z.B. Heizungsoptimierung, Dichtigkeit von Türen und Fenstern u.ä.)
- 5) Forcierte Umstellung der Beleuchtung auf LED-Technik

Weiter sollen folgende Punkte mit aufgenommen werden:

- 1) _____
- 2) _____
- 3) _____

Auf dieser Basis wird die Verwaltung beauftragt,

- die vollständige Beitrittserklärung gemäß diesem Beschluss in der vorgegebenen Form zeitnah an das MKUEM abzugeben,
- zu prüfen, welche der über den KKP zur Verfügung stehenden Beratungsangebote in Anspruch genommen werden sollen und diese zeitnah und proaktiv anzufordern sowie
- entsprechende personelle Kapazitäten und organisatorische Ressourcen und Infrastruktur bereitzustellen, um den Beratungs- und Umsetzungsprozess optimal zu unterstützen.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung	z. K.	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.					
Ortsgemeinderat Kollig	02.03.2023	Kollig/707/2023										
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:								Ausschlussgrund				

Ortsgemeinderat Kollig

TOP-Nr.: 9 Kommunales Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation
(Kollig/708/2023)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 4

Sachverhalt:

Im Rahmen der Landesförderung „Kommunales Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation“ (KIPKI) sollen der Verbandsgemeinde Maifeld 726.110,04 EUR zur Verfügung gestellt werden. Der Verbandsgemeinderat hat im Dezember 2022 beschlossen, 50 % der Zuwendung an die Städte und Ortsgemeinden weiter zu reichen. Somit sollen den Gemeinden pro Einwohner rund 14,61 EUR zur Verfügung gestellt werden.

Aufteilung in der VG Maifeld (Zuweisungsfaktor 14,61103595):

Einig	(143 EW)	2.089,38 EUR
Gappennach	(316 EW)	4.617,09 EUR
Gering	(415 EW)	6.063,58 EUR
Gierschnach	(274 EW)	4.003,42 EUR
Kalt	(457 EW)	6.677,24 EUR
Kerben	(496 EW)	7.247,07 EUR
Kollig	(567 EW)	8.284,46 EUR
Lonnig	(1.259 EW)	18.395,29 EUR
Mertloch	(1.380 EW)	20.163,23 EUR
Münstermaifeld	(3.432 EW)	50.145,08 EUR
Naunheim	(471 EW)	6.881,80 EUR
Ochtendung	(5.494 EW)	80.273,03 EUR
Pillig	(459 EW)	6.706,47 EUR
Polch	(6.939 EW)	101.385,98 EUR
Rüber	(889 EW)	12.989,21 EUR
Trimbs	(613 EW)	8.956,57 EUR
Welling	(915 EW)	13.369,10 EUR
Wierschem	(329 EW)	4.807,03 EUR
Verbandsgemeinde Maifeld	(24.848 EW)	363.055,01 EUR

Die Besonderheit an dem Förderprogramm ist, dass kein kommunaler Eigenanteil erbracht werden muss, sodass 100 % der Zuwendung in Maßnahmen fließen können. Fördermittel aus Gemeinden, die bis zum 01.06.2023 keine Maßnahmen nennen, werden umverteilt. Die Fertigstellung (inkl. Abrechnung) der Maßnahmen muss bis spätestens 31.05.2026 erfolgen.

Die Auszahlung der Fördermittel soll im Herbst/Winter 2023 erfolgen.

Die Verwendung der Fördermittel soll so erfolgen, dass die Kosten der Maßnahme mindestens geringfügig über der Zuwendungssumme liegen, um Rückforderungen zu verhindern.

Beispiele für förderfähige Maßnahmen sind aus der beigefügten „Positivliste“ zu entnehmen.

Beispiele (diese können im Einklang mit dem KKP stehen):

- 1) Errichtung einer Ladesäule für E-Autos
- 2) Errichtung einer PV-Anlage (oder mehrerer)
- 3) Erneuerung der Heizungsanlage (unter Ausschluss fossiler Energieträgern)
- 4) Geringinvestive Maßnahmen zur Reduzierung der Heizlasten (z. B. Heizungsoptimierung, Dichtigkeit von Türen und Fenstern u. ä.)
- 5) Umrüstung der Beleuchtung auf LED-Technik (Straßenbeleuchtung/Liegenschaft)

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt, unter Vorbehalt der Bewilligung der Zuwendung, die folgende(n) Maßnahme(n) anzustoßen:

Das Gremium wird über die Bewilligung informiert. Die weitere Vorgehensweise wird im Gremium beraten.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-	vertagt
			einst.	mehrh.	ja	nein	Enth.			stimmung	
Ortsgemeinderat Kollig	02.03.2023	Kollig/708/2023									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund		

Ortsgemeinderat Kollig

TOP-Nr.: 11 Übertragung von Haushaltsmitteln gemäß § 17
Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) in das Haushaltsjahr 2023
(Kollig/706/2023)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 2

Sachverhalt:

Nach § 17 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) besteht die Möglichkeit, Haushaltsansätze für ordentliche Aufwendungen / ordentliche Auszahlungen eines Teilhaushalts, die im laufenden Jahr nicht in Anspruch genommen werden, ganz oder teilweise ins kommende Haushaltsjahr zu übertragen, soweit im Haushaltsplan nichts Anderes durch Haushaltsvermerk bestimmt ist. Sie bleiben längstens bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres verfügbar (einmalige Übertragbarkeit). Eine Übertragung von Haushaltsansätzen für Aufwendungen / Auszahlungen erhöht die Ausgabeermächtigung der entsprechenden Positionen im Folgejahr.

Die Ermächtigungen bei Ansätzen für Auszahlungen aus Investitionstätigkeit bleiben bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck bestehen, bei Baumaßnahmen und Beschaffungen längstens jedoch zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Bau oder der Gegenstand in seinen wesentlichen Teilen genutzt werden kann. Werden Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Haushaltsjahr nicht begonnen, bleiben die Ermächtigungen bis zum Ende des zweiten Haushaltsfolgejahres bestehen.

Da die Übertragbarkeit von Haushaltsansätzen für Investitionen gesetzlich besteht, bedarf es keiner Zustimmung des Gemeinderates. Dennoch ist der Gemeinderat zu informieren, ob und in welcher Höhe Übertragungen vorgenommen werden / wurden.

Eine Übertragung von Ermächtigungen von Aufwendungen hat zur Folge, dass der Ergebnishaushalt des kommenden Jahres zusätzlich in Höhe der übertragenen Aufwendungen belastet werden kann und sich dementsprechend das Jahresergebnis verschlechtert.

Eine Übertragung von Ermächtigungen für ordentliche Auszahlungen hat zur Folge, dass sich der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen des Finanzhaushalts um die übertragenen Auszahlungen verschlechtern kann und somit der Haushaltsausgleich im Finanzhaushalt gefährdet wird, sofern mit dem Überschuss des v. g. Saldos die ordentliche Tilgung nicht gewährleistet ist.

Eine Übertragung von Ermächtigungen für Investitionen hat zur Folge, dass die Investitionsauszahlungen den Haushaltsansatz des Folgejahres in Höhe der Übertragung übersteigen können. Dies führt zu einer zusätzlichen Belastung des Finanzhaushaltes. Von daher ist nicht auszuschließen, dass Investitionskredite neu veranschlagt werden müssen.

Die in der Anlage aufgeführten Haushaltsansätze sollen in das Haushaltsjahr 2023 übertragen werden.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium beschließt die Übertragung der ordentlichen Aufwands- und Auszahlungsansätze entsprechend der beigefügten Übersicht.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.			stimmung	
Ortsgemeinderat Kollig	02.03.2023	Kollig/706/2023									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:									Ausschließungsgrund		

Ortsgemeinderat Kollig

TOP-Nr.: 12 Haushaltsplan 2023 (Kollig/705/2023)

öffentlicher Teil

Zuständig: Fachbereich 2

Sachverhalt:

Der Haushaltsplanentwurf wird vorgestellt.

Beschlussvorschlag:

Das Gremium nimmt Kenntnis. Über die Annahme der Haushaltssatzung 2023 sowie des Haushaltsplanes 2023 wird nach der öffentlichen Auslegung in der nächsten Gemeinderatssitzung entschieden.

Etwaige Anträge:

Abweichender Beschluss:

Gremium	Sitzungs-termin	Vorl.-Nr.	Abstimmungsergebnis					w. BV	abw. Beschluss	ohne Ab-stimmung z. K.	vertagt
			einst.	mehr.	ja	nein	Enth.				
Ortsgemeinderat Kollig	02.03.2023	Kollig/705/ 2023									
An der Beratung und Beschlussfassung nahm nicht teil:								Ausschließungsgrund			